Newsletter des DGB Niedersachsen | 36/2026 | 13. November 2026

#schlaglicht

Nationaler Stahlgipfel: Bessere Rahmenbedingungen schaffen

Yasin Abay weiß, wovon er spricht. Seit zwei Jahrzehnten beim Stahlwerk Georgsmarienhütte tätig, schilderte der Betriebsratsvorsitzende auf der 8. Niedersächsischen Betriebs- und Personalrätekonferenz eindringlich die Herausforderungen am Standort. Nicht nur machen die hochsubventionierte Billigkonkurrenz aus Fernost und die Krise der Autoindustrie dem Unternehmen zu schaffen. Da die Produktion vom Strompreis am Spotmarkt abhängt, wird von den Beschäftigten ein hohes Maß an Flexibilität bei den Arbeitszeiten verlangt. Denn nur bei günstiger Energie lohnt sich der Betrieb des elektrischen Lichtbogenofens.

Große Probleme vor Stahlgipfel

Auch wenn die Hürden bei jedem Stahlhersteller etwas anders gelagert, sind, steht die Georgsmarienhütte sinnbildlich für die Probleme, denen sich die Politik gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern nächste Woche auf ihrem nationalen Stahlgipfel in Salzgitter widmen möchte. Wettbewerbsverzerrungen, hohe Energiekosten und die notwendigen Investitionen in die Dekarbonisierung sorgen in ihrer Gleichzeitigkeit dafür, dass die Branche unter Druck steht. Jetzt müssen Zukunftsperspektiven entwickelt werden.

Ungewissheit bei den Beschäftigten

Allein bei der Rohstahlproduktion lassen sich die Schwierigkeiten ablesen. Von den Schocks der letzten Jahre hat sich die Branche bisher nicht erholt, die Erzeugung verharrt unter deutlich 40 Mio. Tonnen (siehe Grafik). Damit geht vielerorts eine große Verunsicherung bei den Belegschaften einher. Einerseits sehen sie sich der internationalen Konkurrenz ausgesetzt, während auf der anderen Seite die Gefahr besteht, dass die Kosten der Transformation bei ihnen abgeladen werden. Gerade im Umbruch müssen deshalb gute Arbeit und Beschäftigungssicherung ganz oben stehen.

Stahl als Wertschöpfungsfaktor

Denn klar ist: Stahl ist ein enorm wichtiger Wertschöpfungsfaktor, der schon allein aus Gründen der Resilienz in Deutschland und Europa eine Zukunft haben muss. Das verarbeitende Gewerbe – ob nun Automobilindustrie, Maschinenbau, Bauwirtschaft oder Elektrotechnik – ist im hohen Maße auf Stahlvorleistungen angewiesen. Im industriellen Mittelstand sind zwei Millionen Menschen in stahlintensiven Sektoren beschäftigt. Angesichts geopolitischer Risiken müssen neue strategische Unabhängigkeiten unbedingt vermieden werden.

Leitmärkte für grünen Stahl entwickeln

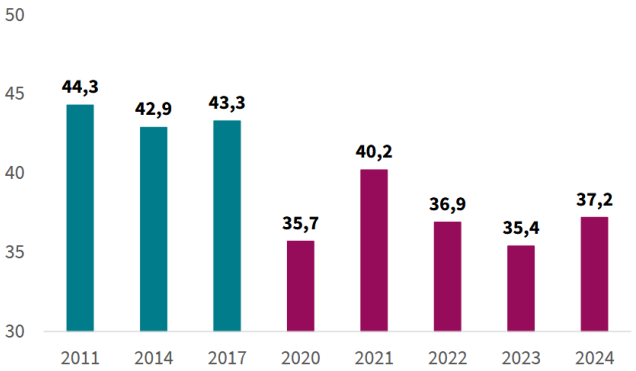
Neben einer Weiterentwicklung des EU-Schutzschirms auf alle relevanten Stahlprodukte ist es erforderlich, verlässliche Absatzmärkte für grünen Stahl zu schaffen. In diesem Sinne muss bei öffentlichen Bau- und Infrastrukturprojekten gezielt auf dessen Verwendung gesetzt werden. Mit der Nachfrage von „Made in Europe“-Stahl lassen sich Beschäftigung, Wertschöpfung und Investitionen in Deutschland und Europa wirksam unterstützen.

Auf den Strompreis kommt es an

Für den Erfolg muss die Bundesregierung nun auch für niedrige und planbare Strompreise sorgen. So begrüßenswert der Industriestrompreis ist, seine dreijährige Laufzeit ist es nicht. Neben der Verlängerung muss seine Kumulierbarkeit mit der Strompreiskompensation über 2026 hinaus auf der EU-Ebene sichergestellt werden. Ebenso notwendig ist die Verfügbarkeit von klimaneutralem Wasserstoff. Für die Beschäftigten bei Georgsmarienhütte & Co. wären es wichtige Schritte für ihre Zukunft.

Entwicklung der Rohstahlproduktion in Deutschland

– Angaben in Mio. Tonnen –



Quelle: Wirtschaftsvereinigung Stahl 2025; eigene Darstellung

37 %

der Arbeitsplätze im industriellen Mittelstand liegen in stahlintensiven Sektoren

V. i. S. d. P. DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt,
Dr. Ernesto Harder, Otto-Brenner-Str. 1, 30159 Hannover